



SPD - Fraktion in der Gemeindevertretung Stahnsdorf

Gemeinde Stahnsdorf
Annastraße 3
14532 Stahnsdorf

Nur per E-Mail an

gemeinde@stahnsdorf.de
b.albers@stahnsdorf.de
ksd@stahnsdorf.de

Stahnsdorf, 06.10.2021

SPD-Fraktion – Änderungen-Ergänzungen-Anmerkungen zum aktuellen INSEK-Entwurf -Stand 06.10.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Gemeindevertreter:innen,
Sehr geehrte Ortsvorsteher und Ortsbeiräte,
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der aktuellen Befassung des INSEK-Entwurfspapieres folgende Anmerkungen/Änderungen/Ergänzungen seitens der SPD-Fraktion zum jetzigen Stand. Wir behalten uns jedoch ausdrücklich vor, im folgenden Befassungsprozess weitere Änderungen/Ergänzungen einzubringen, insbesondere in Ansehung der Ergebnisse der Trägerbeteiligung.

Folgende Punkte sind jedoch nach unserer Ansicht bereits jetzt im Entwurf zu berücksichtigen bzw. zu prüfen:

- Das zentrale Vorhaben des S-Bahnanschlusses von Teltow nach Stahnsdorf ist stärker als Ziel und Forderung maßnahmenscharf herauszustellen.
- Der Bau von barrierefreien/ barrierearmen und damit auch seniorenrechtlichen Wohnungen auch im Rahmen der Stahnsdorfer WoGes mbH ist deutlicher als Maßnahme zu verankern. Hierfür sind nicht nur der Bereich, um den zukünftigen S-Bahnhof zu betrachten, sondern auch die gemeindeeigene Fläche hinter dem Feuerwehrneubau (Annastraße), da letztgenannter Standort einen zentralen Wohnungssiedlungsbereich bereits darstellt. Des Weiteren sind mit dieser

 kontakt@spd-stahnsdorf.de

 www.spd-stahnsdorf.de

 www.facebook.com/SPD.Stahnsdorf

 www.twitter.com/Stahnsdorf

Zweckausweisung die B-Plangebiete „ehemaliges Telekomgelände“ und die weiteren sog. BIMA-Flächen in der weiteren Befassung zu diskutieren und zu bewerten.

- In Folge vorgenannter Ausführung, ist nochmal bzw. überhaupt erstmal darüber zu beraten, ob der aktuell im INSEK-Entwurf vorgesehene Bau eines Medienkompetenzzentrums mit Veranstaltungsraum für Jugendliche hinter dem Feuerwehrneubau-Annastraße:
 - 1. Inhaltlich in dieser Anordnung notwendig ist.
Es stellt sich die Frage, was mit Medienkompetenzzentrum gemeint ist; lediglich ein Umzug der Bibliothek und ein Saal kann dies doch allein nicht darstellen. Des Weiteren sollten, hinsichtlich eines so benannten Medienkompetenzzentrums, wenn es für Jugendliche zweckmäßig sein soll und man es im Ergebnis der Diskussion für Stahnsdorf auch für angemessen erachtet, die Netzwerke eher zu den Schulen/Gymnasium und zwar in deren Nähe hergestellt werden.
 - 2. Ist die Ausweisung an diesem aktuell im INSEK-Entwurf aufgeführten Standort sowohl wirtschaftlich als auch von der Einbindung in die bestehende Siedlungsstruktur, wie auch unter immissionsschutzrechtlichen Aspekten überhaupt realisierbar und sinnvoll?
Am Beispiel ClaB wird doch aktuell vor Augen geführt, welche Nutzungseinschränkungen aus der „ungünstig“ gewählten Lage erwachsen können.
 - 3. Kann sich die Gemeinde vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage den Bau eines solchen Vorhabens überhaupt leisten?
 - Gründe der Einwendung: Die Schaffung von Aufenthaltsplätzen/-angeboten für Jugendliche wird nicht durch einen Saal gewährleistet; die Lage sollte nicht in einem zentralen Wohngebiet sein mit Einfamilienhausstruktur. Eine bessere Lage dafür könnte, wenn überhaupt, im zukünftigen S-Bahnhofbereich sein. Des Weiteren würde eine Verschiebung es ermöglichen, im Bereich Annastraße/„Schwarzer Pfuhl“ eher Wohnformen für den dringend notwendigen barrierefreien/seniorengerechten Wohnungsbau zu schaffen.
 - Problematisch ist des Weiteren, dass die vorliegende Ausweisung örtlich wie auch inhaltlich bisher noch nie in den gemeindlichen Gremien besprochen wurde. Es ist nach unserer Einschätzung ein völlig neues Thema, was in diesem Rahmen zum ersten Mal in dieser Gestaltungsvariante so auf dem Beratungstisch liegt. Daher sollte es nicht bereits in dieser Konkretisierung so ausgewiesen werden, zumal das INSEK, eher Leitlinien festlegt und in diesem Fall doch erstaunlich konkret wird, was Standort und Inhalt der Maßnahme anbelangt.
 - Was den Ausbau des Verwaltungsgebäudes in diesem Zusammenhang anbelangt, gibt es hierzu noch keine Bedarfsanalyse/-bewertung. Unter Umständen muss auch hier in diesem Rahmen eine Standortanalyse vorangestellt werden.
 - Des Weiteren fehlt im aktuellen INSEK-Entwurf die Treffpunkt- bzw. Angebotsausweisung für Jugendliche auch auf die Ortsteile bezogen.
- Im INSEK-Entwurf wird zwar von Ortszentren gesprochen aber doch eher baulich geprägt. Es sollte noch viel stärker die Begegnungsfähigkeit im Sinne von natürlichen

Kommunikationsplätzen herausgestellt werden. Wo könnten diese sein und wie können diese geschaffen und planerisch gestaltet werden?

- Die im INSEK-Entwurf bzgl des Ortsteils Sputendorf in der bisherigen Befassung herausgestellte Bewertung der Windenergie als Entwicklungspotentiale ist zu überdenken!
- Die Nahversorgungsbedarfe insbesondere im Ortsteil Güterfelde sind stärker und eindeutig als eine zentrale Maßnahme herauszustellen.

Des Weiteren ist die Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Ortsteile als Vorhaben/Maßnahme herauszustellen. Zum Beispiel die Verlängerung der Buslinie nach Sputendorf Richtung Bahnhof Struveshof. Damit wären der Ortsteil Sputendorf und zugleich auch der Ortsteil Schenkenhorst nicht „End-/Ausgangshaltestelle“ nach Stahnsdorf sondern Ausgangsort für eine Anbindung zu einem Regionalbahnhof, der dann die Verbindung nach Berlin ermöglicht und die Attraktivität des ÖPNV in/aus den Ortsteilen fördert.

In gleiche Richtung zielt die bereits seit langem und immer wieder diskutierte Forderung der Änderung der Ausweisung der Buslinie Nr. 623 für den Ortsteil Güterfelde.

- Die Notwendigkeit des Ausbaus der Radverkehrsinfrastruktur ist vor dem Hintergrund der Akquise von Fördergeldern im INSEK-Entwurf deutlicher herauszustellen. Die Erstellung eines Radwegekonzeptes ist als zentrale Maßnahme festzuschreiben, um daraus Förderungen zu generieren.
- Die Verbindliche Bauleitplanung als Instrument der gemeindlichen Planung ist im aktuellen Entwurf als ein wesentliches Gestaltungsmerkmal der Gemeinde herauszustellen und explizit zu thematisieren. Gerade die aktuellen „Lückenbebauungen“ z.B. am Rande der Potsdamer Allee zeigen, dass die Gemeinde hierbei nicht genügend von ihrem Gestaltungspotential Gebrauch macht und des Öfteren bei konkreten Maßnahmenrealisierungen vor vollendete Tatsachen gestellt wird bzw. in unnötigen Zeitdruck verfällt und über das Mittel der Veränderungssperre dann versucht, (Planungs-) Zeit zu gewinnen.
- Die im aktuellen Entwurf vorgesehene Ausweisung der Grünfläche (landwirtschaftliche Nutzung) entlang der Sputendorfer Straße als „Parkanlage“ ist, aus folgenden Gründen zu überdenken:
 - o Die aktuelle Festsetzung im Flächennutzungsplan als Grünfläche ist weiterhin so und unverändert zu belassen. Diese Ausweisung ist bestandskräftig und trägt den natürlichen Belangen insbesondere als natürlich-ökologische Freifläche und Frischluftschneise sehr gut Rechnung.
 - o Vor dem Hintergrund einer notwendigen Bebauung im Umfeld des zukünftigen S-Bahnanschlusses, sind derartige Frei- und Naturflächen für die Gemeinde weiterhin zwingend erforderlich und zu erhalten.
 - o Wir sehen bei der Neuausweisung als Parkanlage die Gefahr, dass im Rahmen einer Neufestsetzung der aktuelle bestandssichere (FNP-) Status „Grünfläche“

geschwächt wird und u.U. die Tür geöffnet wird, für, weit darüberhinausgehende Ausweisungen, auch wenn diese damit gar nicht bezweckt werden. Insbesondere, da die Gemeinde nicht Eigentümerin der Flächen ist.

- Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage ist des Weiteren zu fragen, ob sich die Gemeinde mittelfristig die Errichtung und Unterhaltung einer Parkanlage überhaupt leisten kann und ob dieses Vorhaben somit realistisch umsetzbar ist.

- In Realisierung und Umsetzung der Klimaschutzziele der Gemeinde und in Verbindung zum Klimaschutzkonzept der Gemeinde ist im INSEK-Entwurf an entsprechender Stelle auch auf die Möglichkeit des Photovoltaikausbaus hinzuweisen, insbesondere auf gemeindlichen Flächen bzw. Gebäuden.

Zum weiteren Verfahren spricht sich die SPD-Fraktion dafür aus, dass nachdem der Trägerbeteiligungsprozess beendet ist, die eigentliche Beschlussfassung des INSEK-Endpapieres sowohl in den Ortsbeiräten als auch in den Fachausschüssen erneut beraten wird, bevor es in der Gemeindevertretung zur endgültigen Beschlussfassung eingebracht wird. Des Weiteren ist vorab der Seniorenbeirat zu beteiligen.

Wir danken für die Möglichkeit der Beteiligung in diesem Stadium und verbleiben, verbunden mit den besten Grüßen die

SPD-Fraktion

der Gemeindevertretung Stahnsdorf